

KREUZUNDQUER

Di., 22.11.2022

22:35 Uhr, ORF 2

Gestern heilig, heute kriminell?

Eine Christin im Kampf für Gerechtigkeit

Was bedeutet es, sich im 21. Jahrhundert für die radikale Nachfolge Jesu zu entscheiden? Mit dieser Frage beginnt das Portrait über Martha Hennessy (67) – einer ungewöhnlichen, tiefgläubigen Frau, die in ständiger Suche nach ihrem Beitrag für eine gerechtere, befreite Gesellschaft ist.

Diese Suche bewegt sie zu einem drastischen Schritt: Am 4. April 2018 bricht sie mit einer Gruppe von sieben katholischen Aktivistinnen und Aktivisten – der Tradition der christlichen Pflugscharbewegung folgend – in eine der weltweit größten US Navy-Basen im Bundesstaat Georgia ein, um gegen die dort gelagerten Atomwaffen zu protestieren. Die als *Kings Bay Plowshares 7* bekanntgewordene Gruppe wird in einem Gerichtsprozess im Oktober 2019 schuldig gesprochen. Im Dezember 2020 tritt Hennessy ihre Haftstrafe von zehn Monaten an. Es folgen drei Jahre Bewährungszeit unter strengen Auflagen.

Immer wieder erzählt Martha, wie ihr Engagement von ihrem christlichen Glauben getragen wird. Dieser hat auch in ihrer Familie eine wichtige Bedeutung: Hennessy ist Enkelin der Sozialaktivistin und christlichen Ikone Dorothy Day, der Gründerin der *Catholic-Worker-Bewegung*, für die derzeit im Vatikan ein Verfahren zur Seligsprechung läuft. In eben dieser Bewegung engagiert sich Hennessy, seitdem sie ihre Arbeit als Physiotherapeutin aufgab. In einem heruntergekommenen Gebäude mitten in Manhattan beherbergt die christliche Gemeinschaft Menschen vom Rand der Gesellschaft und lebt mit ihnen zusammen. Zwischen dieser und ihrer familiären Welt in Vermont trägt sich ihr Leben zu – oder im Gefängnis, wo Martha aufgrund ihrer Aktion landet: ein weiteres Erbe ihrer Großmutter Dorothy Day, die wegen ihres Aktivismus für das Frauenwahlrecht, gegen den Vietnamkrieg oder die nukleare Aufrüstung immer wieder ins Gefängnis kam.

Im Film von Cristina Yurena Zerr wird das Engagement von Martha Hennessy gegen Nuklearwaffen in einen größeren Rahmen eingebettet: Ein Jahr nach Inkrafttreten des UN-Vertrags zum Verbot von Atomwaffen kommen Mitgliedsstaaten, Betroffene und Zivilgesellschaft im Juni 2022 zu einer Konferenz in den Gebäuden der UNO in Wien zusammen. Dort wird ersichtlich: Die Bedrohung durch Atomwaffen, die in den vergangenen drei Jahrzehnten als vermeintliches Relikt des Kalten Krieges in der Öffentlichkeit weitgehend ausgeblendet wurde, hat heute wieder eine höchst beunruhigende Aktualität.